

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

1.11.1930 (No. 255)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. Amend, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, Karlsruhe

Preis: Monatlich 2,25 RM, einjährig 25 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Weitverteilung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Aufhebung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Zum Hinscheiden Dr. Schofers

Die Beisetzungsfeier in Freiburg

Prälat Dr. Schofer wird, wie schon gemeldet, am kommenden Dienstag, den 4. November, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof in Freiburg beigesetzt werden. Es ist damit zu rechnen, daß Reichsinnenminister Dr. Wirth die Reichsregierung vertreten wird. Wie verlautet, will die badische Regierung vollzählig an dem Begräbnis teilnehmen. Ebenso werden die badischen Reichstagsabgeordneten und die Landtagsabgeordneten des Zentrums möglichst vollzählig an der Trauerfeier teilnehmen, bei der Staatspräsident Dr. Schmitt im Auftrag der Regierung sprechen und einen Kranz niederlegen wird.

Ungeahndet groß ist die Zahl der telegraphischen und schriftlichen Beileidskundgebungen, die beim stellvertretenden Vorsitzenden der badischen Zentrumsparlei, Dr. Baumgartner, eingegangen sind. Ihre Teilnahme haben u. a. ausgesprochen der bayerische Ministerpräsident Dr. Gels, Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, der Parteivorstand der Bayerischen Volkspartei, die Vorsitzenden der rheinischen und württembergischen Zentrumsparlei, Minister Dr. Memmele, die sozialdemokratische Fraktion des Badischen Landtags und die badische Staatsparlei. In dem Telegramm der letzteren heißt es: „Seine großen Verdienste, die er sich in schwerer Zeit um das badische Volk erworben, sichern dem heimgegangenen Staatsmann Dank und ehrenvolles Andenken.“ Das Totenamt wird am Mittwochvormittag 9 Uhr im Freiburger Münster stattfinden.

Nachrufe der Presse

Die „Badische Zentrumskorrespondenz“ schreibt: „Das ganze Zentrumsvolk steht trauernd an der Bahre eines unerfesslichen, eines Mannes, der ein Volksmann war, ein Volksschriftsteller im besten Sinne des Wortes, ein politischer Führer von unbetrübter Geltung, der ob seines lautereren Wesens und seiner Ritterlichkeit Achtung, selbst beim politischen Gegner, in hohem Maße genöß. Sein Geist wird im badischen Zentrum immer lebendig sein, als der eines Vorkämpfers, der eintrat mit der ganzen Weidenschaft seiner Seele für das Recht der Armen, Gedrückten und Verfolgten. Für uns bleibt nach dem Tode unseres geliebten Führers, der uns in seinem Leben ein Vorbild und in seinen vielen Schriften ein heiliges Testament hinterlassen hat, nichts anderes übrig, als enger und dichter zusammenzurücken, und in edler Gemeinschaft und unerschütterlichem Wettstreit den Spuren unseres großen Toten zu folgen und jedem gegenüber, der am Zentrumsturm rütteln will, das Erbe Wackers und Schofers im Geiste der Wahrheit treu zu hüten.“

Im sozialdemokratischen Karlsruher „Volkfreund“ hebt Georg Schöpflin hervor, daß Dr. Schofer wirklich ein Politiker mit weitem staatsmännischen Blick war, verbunden mit einer hohen Auffassung von Pflichten und getragen von ritterlichem Geiste und Handeln im politischen Kampf. Er habe es mit der Demokratie und mit der Republik so ernst genommen wie einst in seiner Überzeugung für die Monarchie. Das Wirken und die Tatkraft des Mannes, der über den Tag und wenn es um Land und Volk ging, auch über den Parteigang hinausgehen vermochte, hätten der ruhigen innerpolitischen Entwicklung in Baden wertvolle Dienste geleistet. Auch die badischen Sozialdemokraten, mit denen Dr. Schofer manchen scharfen Streit ausgefochten habe, gedächten in dieser Stunde anerkennend und in großer Achtung seiner Persönlichkeit, deren Tod sie aufrichtig bedauerten.

Die demokratische „Neue Badische Landeszeitung“ schreibt: Man hat den badischen Zentrumsführer zu den „Popularen“ des deutschen Zentrums rechnen dürfen, zu den echten Demokraten dieser Partei. Demokrat auch in der Toleranz gegenüber den anderen Parteien, die eine besondere Stärke Schofers in seiner Führerzeit geworden ist. Schofer hat in harten politischen Kämpfen gestanden, aber niemals hat auch sein erbitterter Gegner einen persönlichen Vorwurf gegen ihn erhoben. Seine Integrität war eine Selbstverständlichkeit. Jahrelang der mächtigste Mann des Landes und auf die Reichspolitik von stärkerem Einfluß, als man in der Öffentlichkeit wußte und wahrhaben wollte, war seine Bedürfnislosigkeit allgemein bekannt.

Die „Frankfurter Zeitung“ bezeichnete Schofer als heftige Kämpfernatur, die aber durch das vollstimmliche Wesen und den schlagfertigen Humor Dr. Schofers verjöhnte. Seinem Einfluß sei es in erster Linie zuzuschreiben, daß das badische Zentrum in den Wirren des Übergangs eine entschieden republikanische und demokratische Haltung einnahm. Innerhalb der regierenden Koalition habe er die Interessen des Zentrums mit großer Energie und nicht selten mit Rücksichtslosigkeit vertreten. Dies hätte vor einem Jahre zum Ausscheiden der Demokraten aus der Regierung geführt. Persönlich habe Schofer bei allen Parteien in größtem Ansehen gestanden; die absolute Aufrichtigkeit und Uneigennützigkeit seines Wesens hätten ihn unangreifbar gemacht.

Die „Badische Presse“ schreibt u. a.: „Seine glänzenden Führereigenschaften befundete der Verdienst allerdings nicht erst während seiner zehnjährigen Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender, sondern bald nach jenem Zeitpunkt, als ihn der Wille anderer in die politische Kampfeslinie stellte. Am 3. Februar d. J. waren gerade 25 Jahre verflossen, daß Dr. Schofer von dem „Löwen von Jährlingen“, dem damaligen Parteiführer und Geistl. Rat Wacker, nicht nur die Leitung des Volksvereins, sondern auch das Parteisekretariat übertragen wurde. Der gleichzeitig mit dem Eintritt in die badische Politik zum Benefiziat am Freiburger Münster ernannte junge Politiker hatte bereits an der Schwelle seiner politischen Laufbahn Gelegenheit, seine organisatorischen Fähigkeiten zum Beweis zu stellen. Übertragend war sein Einfluß im

Letzte Nachrichten

Für die Revision von Versailles

Servé und Cot über die Korridorfrage

W.B. Paris, 1. Nov. (Tel.) Gustave Servé legt seine Kampagne für eine Revision des Friedensvertrages von Versailles in seiner Zeitung, „La Victoire“, fort. Gestern trat er für den Anschluß Österreichs an Deutschland ein, und heute sucht er seine Leser von der Notwendigkeit einer Rückgabe des polnischen Korridors an Deutschland zu überzeugen.

Er schreibt u. a., alle französischen Staatsmänner dächten im Grunde genommen wie er, daß nämlich dieser Teil des Friedensvertrages von Versailles revidiert werden müsse. Er, Servé, sei ein Freund Polens, und er habe das Bewußtsein, Polen nicht zu verraten, sondern er diene Polen, wenn er sage, daß ein freundschaftliches Eingreifen Frankreichs in Warschau zwecks Rückgabe des Korridors an Deutschland notwendig sei.

Auch der radikale Abgeordnete Pierre Cot behandelte heute in der „Republique“, dem Organ seiner Partei, die Frage der Abänderung der Verträge und tritt für eine Regelung der Korridorfrage ein. Er behauptet, im Kriegsfall habe der Korridor nicht einmal Interesse für Polen. Er würde ohne Schwermertzen von Deutschland begehrt werden. Dagegen könne er den Deutschen nur Vorteil bringen. Diese Frage sei, wenn man sie kaltblütig prüfe, nicht unlösbar.

Bericht der Reichspost

W.B. Berlin, 1. Nov. (Tel.) Nach dem von der Deutschen Reichspost soeben veröffentlichten Bericht über das zweite Viertel 1930 ist der Verkehr gegenüber dem Vorjahr in fast allen Dienstzweigen zurückgegangen, nur die Ein- und Auszahlungen, der Postfächerverkehr und der Nachnahmebriefverkehr weisen geringe Steigerungen auf.

Im Luftpostverkehr sowie im Inlands- und Auslandsverkehr des Post- und Fernmeldebereichs sind wieder eine Reihe von Verkehrs- und Betriebsverbesserungen eingetreten, unter denen die Zulassung von Rädern im Verkehr mit vielen fremden Ländern und die Eröffnung des Sprachverkehrs mit französisch-Indochina besonders zu erwähnen sind. 17 000 neue Kundenteilnehmer haben sich dem Rundfunk angeschlossen. Ihre Gesamtzahl ist auf 3 241 725 gestiegen, gegenüber 2 843 568 Ende September 1929. Im Vorjahresjahr wurden 217 Schwarzhörner rechtskräftig verurteilt.

Im Kassenabluß für das Berichtsvierteljahr werden die Einnahmen mit 552,1 Millionen Reichsmark, die Ausgaben mit 555,8 Millionen Reichsmark ausgewiesen.

Die Arbeitsaufnahme in der Berliner Metallindustrie

W.B. Berlin, 1. Nov. (Tel.) Trotz der kommunistischen Propaganda für den Weiterstreik im Metallgewerbe wurde heute früh in zahlreichen weiteren großen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen. Bei der AEG in der Ackerstraße meldeten sich 2400 Mann, im Rabelwerk Oberspree 3700 und im Transformatorwerk und Akkumulatorenwerk der AEG 2700 Mann zur Arbeit. In einigen Betrieben wurde ein Teil der Leute, die nicht zur Arbeit erschienen waren, entlassen.

Die AEG hat einen großen Teil ihrer Angestellten in einem Schreiben aufgefordert, einen Revers zu unterzeichnen, der der Direktion im Falle einer Herabsetzung der geltenden Tariffsätze oder im Falle einer Nichterneuerung des laufenden Tarifvertrages die Möglichkeit gibt, einen Gehaltsabbau bis zu 10 Prozent vorzunehmen. Wie die „B.Z.“ berichtet, hat die große Mehrzahl der Angestellten es abgelehnt, diesen Revers zu unterschreiben.

Bevorstehende Besprechungen der Leiter der Notenbanken

W.B. New York, 1. Nov. (Tel.) „Times“ zufolge beabsichtigt der Gouverneur der New-Yorker Bundesreservebank, G. A. Harrison, Mitte der nächsten Woche nach Europa abzureisen, um mit den Leitern der Zentralbanken in London, Paris und Berlin Fühlung zu nehmen. Wie hier erklärt wird, besteht nicht die Absicht, bei den bevorstehenden Besprechungen der Leiter der Notenbanken die Frage der interalliierten Kriegsschulden und der Reparationen zu berühren.

England und die Dominions

W.B. London, 1. Nov. (Tel.) Die Blätter bestätigen, daß sich die Reichskonferenz ihrem Ende nähert. „Morningpost“ stellt fest, daß alle Bemühungen der Konferenz, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit herbeizuführen, gescheitert seien infolge der Meinungsverschiedenheiten innerhalb des britischen Kabinetts. Man erwarte, daß die Schlussplenaarung am 12. November stattfinden werde.

Nachkriegsparlament, in dem er — und nicht immer böswillig — als „Magister des Landtags“ bezeichnet wurde. Sehr oft, wenn die Parteimeinungen zu sehr auseinanderprallten oder die Bogen der Polemik hochgingen, war es Schofer, der vermittelnd eingriff und den Ausweg zeigte. Er war kein bequemer Gegner, aber ein Mann, von dem man von vornherein wußte, daß er mit blanken Waffen nicht und das Gute will. Das Blatt bemerkt zum Schluß, daß auch das gesamte badische Volk Anlaß habe, trauernd an der Bahre dieses aufrechten und ehrlichen Mannes des Volkes zu stehen, der des Volkes Räte kannte und es liebte.

* Zur politischen Lage

Reparationen und Sanierung der Finanzen

Die Politik ist eine besondere Lehrmeisterin. Sie erzieht die Menschen, die sich ihr gewidmet haben, in der geschlechterischen Praxis zu einer Toleranz, die zu den parteilichsten Gefühlen, zu den agitatorischen Befindungen der Wahlschlacht wenig passen will. Politiker, die sich noch eben in erbitterter Feindschaft gegenübergestanden haben, sitzen jetzt in den Ausschüssen friedlich beieinander, und oft zeigt es sich, daß der Feind in Wirklichkeit gar nicht so schlimm ist, wie er aussieht. Das Spiel der parlamentarischen Kräfte zeitigt Tatsachen, die nach den Vorstellungen eines handfesten Wahlkampfes eigentlich als unerträglich hätten gelten müssen. Und hernach werden sie doch ertragen.

So amtiert jetzt im Reichstag als erster Vizepräsident ein Nationalsozialist, also der Anhänger einer vielfach als „staatsfeindlich“ bezeichneten Partei, und der Vorsitzende eines der allerwichtigsten Ausschüsse, des Auswärtigen Ausschusses, ist gleichfalls ein Nationalsozialist. Und beide Herren haben bisher ganz bieder ihres Amtes gewaltet: Herr Stoehr hat als Leiter einer Reichstagsfraktion Ordnungsrufe an seine eigenen Parteigenossen erteilt, und Herr Fried hat es als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses erleben müssen, wie ganz gestimmte Anträge seiner Partei der Ablehnung verfielen, und wie sich dann in der Frage der Abrüstung eine Mehrheit zusammensand, in deren Rahmen Nationalsozialisten und bürgerliche Parteien einträchtiglich Hand in Hand gingen. Die großen Sensationen sind bis jetzt — wir sagen erfreulicherweise — ausgeblieben, und der Zwang zu praktischer Arbeit schafft auch hier Brücken und Fundamente, von deren Möglichkeit man sich noch kurz zuvor nichts hätte träumen lassen.

Wir haben vorgestern an dieser Stelle die Bedeutung des Antrags in Sachen der Abrüstungsfrage gewürdigt. Die Deutschnationalen haben sich bekanntlich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Sie begründen das damit, daß der Antrag lange nicht weit genug gehe, und daß er nur den einen Zweck gehabt habe, die Aufmerksamkeit von der Wichtigkeit der andern Anträge (Reparationsanträge) abzulenken. Das ist schon deshalb eine sehr fadenscheinige Begründung, weil ja sogar die Nationalsozialisten, die doch noch viel radikaler als die Deutschnationalen sind, für den Antrag gestimmt haben. Und nach Lage der Dinge war ja denn auch dieser Antrag sicherlich die entschiedenste Aktion, die im Augenblick unternommen werden konnte.

Nun zu der Frage der Ablehnung der Reparationsanträge. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch hier in den Grundgedanken eigentlich alle Parteien des Reichstags einig sind. Das ganze deutsche Volk wünscht eine Revision des Youngplans und, falls die völlige Beseitigung der Reparationszahlen noch nicht zu erreichen ist, die Reduzierung unserer Zahlungen auf eine erträgliche Ziffer. Aber die Reichsregierung hat recht, wenn sie den Zeitpunkt noch nicht für gekommen hält, an dem man die Revision des Youngplanes oder ein Moratorium offiziell anmelden kann. Erst müssen wir unsere eigenen Finanzen in Ordnung gebracht haben, erst müssen wir vor uns selbst und vor dem Ausland den Beweis erbracht haben, daß wir die Sparmaßregeln nicht nur im Munde führen, sondern auch in die Tat umgesetzt haben. Erst dann können wir damit rechnen, daß unsere Forderungen auf Verständnis stoßen werden.

In eine Politik der Abenteuer wird und kann sich die Reichsregierung nicht einlassen. Und es ist, von jedem Standpunkt aus gesehen, besser, wenn wir im Einvernehmen mit dem Ausland die Maßnahmen treffen, die für eine vernünftige Revision des Youngplanes notwendig sind. Die moralische und publizistische Vorbereitung dieser Revision ist eine ganz andere Sache: ihr steht kein Hindernis im Wege, und sie sollte mit allem Nachdruck weiterbetrieben werden.

Daß auch Amerika heute noch nicht bereit wäre, einem Moratorium oder einer Revision des letzten Reparationsplanes näherzutreten, dürfen wir ruhig annehmen. Durch einen Zufall haben wir Kenntnis davon erhalten, daß schon seit einigen Wochen Beauftragte großer amerikanischer Konzerne Deutschland bereisen, um sich selbst ein Bild zu verschaffen von unserer finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Lage. Die Eindrücke, die einer dieser Herren bis jetzt gewonnen hat — übrigens auf Grund von anscheinend sehr tiefgehenden Beobachtungen —, sind

so beschaffen, daß ein Moratorium der öffentlichen Meinung in Amerika kaum plausibel erscheinen könnte. Was dieser Herr vor allem nicht begreifen kann, das ist die krankhafte Aufgeschwollenheit unseres öffentlichen Verwaltungskörpers. Und was er noch weniger begreifen kann, das sind gewisse Gehälter, wie sie in Deutschland gezahlt werden.

In Amerika gilt das Leistungsprinzip. Der Mensch wird im wesentlichen nach der Wichtigkeit seiner Leistung bezahlt. Bei uns ist das anders. Bei uns gilt das Schema F. Und es kommt nur zu häufig vor, daß in demselben Büro zwei Beamte in der gleichen Gehaltsstufe sitzen, von denen der eine eine überaus bedeutende und schwere Arbeit zu verrichten hat, während der andere eine wenig wichtige und auch wenig anstrengende Tätigkeit auszuüben hat. Der amerikanische Herr, von dem hier gesprochen wird, hat seine Eindrücke in dieser Beziehung dahin zusammengefaßt, daß er meinte, in Deutschland würden so und so viele Beamte mit 250 bis 400 M pro Monat bezahlt für eine Arbeit, für die man in Amerika noch nicht einmal 80 Dollar, also nach dem Kaufwert umgerechnet noch nicht einmal 160 M, zahlen würde.

Hier liegt denn auch die Wurzel des ganzen Übels. Und alle bisherigen Reformvor schläge sind, so dankenswert und erfolgversprechend im einzelnen sie auch sein mögen, an diesem Kernpunkt vorbeigegangen. Es sind nicht die sachlichen Aufwendungen der Staats, bei denen zu sparen ist, sondern die personellen Aufwendungen. Deutschland hat früher gewiß nicht zu wenig Beamte gehabt. Wenn heute der Gehaltsaufwand für die öffentliche Verwaltung in ihrer Gesamtheit in Deutschland zweieinhalbmal so hoch ist wie vor dem Kriege, dann ist das ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand. In Verbindung mit den Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung muß er zu einer ständigen Gefährdung unserer öffentlichen Finanzwirtschaft führen.

Versicherungsmißbrauch

Jeder Kundige weiß, wenn irgendwo vom Versicherungsmißbrauch gesprochen wird, sofort eine Reihe von Fällen anzugeben, welche diesen Mißbrauch illustrieren. Was die Arbeitslosenversicherung betrifft, so sind diese Fälle so bekannt, daß es kaum mehr lohnt, im einzelnen auf sie hinzuweisen. Interessant ist eine Meldung, die wir im „Badischen Beobachter“ finden, und die uns einmal Aufschluß gibt, in welcher Art und in welchem Umfang die Gelber der Krankenkassen mißbräuchlich in Anspruch genommen werden.

Die sächsische Knappschaft hatte, ebenso wie eine ganze Anzahl Ortskrankenkassen, die bei ihr als „krank“ gemeldeten Mitglieder einer Nachuntersuchung unterziehen lassen. Dabei stellte sich folgendes heraus: Es wurden 18 893 als krank gemeldete Mitglieder aufgefordert, zum Arzt zu gehen und sich einer Nachuntersuchung zu unterziehen. Davon gaben 2953 Mann schleunigst ihren Krankenschein ab und meldeten sich gesund. Von den übrigen verbleibenden 15 940 wurden vom Arzt als nicht krank, sondern als voll arbeitsfähig befunden nicht weniger als 8827, so daß also von den 18 893 angeblich Kranken in Wirklichkeit nur 7113 krank waren!

So, wie es hier geschildert wird, geht es mit Unterschieden des Grades auf dem ganzen Gebiet der Sozialversicherungen zu. Und das muß besonders von allen denjenigen bedauert werden, die aus Gründen der Politik und noch mehr aus Gründen der Menschlichkeit die soziale Fürsorge für die wertvollste politische Betätigung der Menschheit schlechthin halten. Im Sinne des Christentums ist diese soziale Fürsorge eigentlich der Inbegriff und höchste Zweck aller Politik!

Und diese Idee einer echten und ehrlichen sozialen Fürsorge wird nun schon seit Jahren aufs schmachlichste diskreditiert durch jene Auswüchse und Mißbräuche. Da ist es wahrlich zu verstehen, daß nun endlich die rücksichtslose Bekämpfung dieses Mißstandes gefordert wird. Die soziale Fürsorge darf nicht herabgewürdigt werden zu einem System sozialer Behelligkeit und sozialer Korruption. An Simulanten, Faulenzern und Schwindlern hat die soziale Fürsorge kein Interesse! Die Gesamtheit des Volks und ganz speziell seine Wirtschaft sind es, die unter einer solchen Entartung zu leiden haben. Und wie sehr wird damit die öffentliche Moral verwüstet?

König Boris und Königin Johanna von Bulgarien sind in Sofia eingetroffen. Die Neuerwählten wurden mit begeisterten Beifallstundgebungen der Bevölkerung empfangen.

Überreichung des Hamburger Lessing-Preises an Professor Gundolf (Heidelberg). Im großen Saal des Hamburger Rathauses fand am Donnerstag die Überreichung des Lessing-Preises an Professor Dr. Friedrich Gundolf statt. Zu der Feier waren neben den Vertretern des Senats und der Behörden viele bekannte Persönlichkeiten des geistigen Lebens der Stadt, der Universität, der Schule, der Bühne und des Schrifttums erschienen. Bürgermeister Hoff übergab die Urkunde mit einer Ansprache, auf die Professor Gundolf mit einer kurzen Ansprache für die ihm erwiesene Ehre dankte. Auf die persönlichen Worte des Dankes folgte ein Vortrag Gundolfs über „Carl Immermann, eine Huldigung an einen großen Deutschen, der nicht vergessen, doch auch nicht ganz wirksam geworden ist“.

Bilderverkäufe aus der Petersburger Eremitage. Laut „Daily Mail“ hat die Sowjetregierung mit dem Verkauf der Bildergalerie der Eremitage begonnen. Fünf Meisterwerke von einzigartiger Bedeutung seien vor kurzem an eine bekannte französische Kunsthandlung verkauft worden: van Goyen, „Verkündigung“, Rembrandts „Bildnis Sobjekts“, Paul Hals „Admiral“, ein van Goyen und ein Rubens. Der van Goyen ist, wie verlautet, an den amerikanischen Sammler Melvin übergegangen. Eine amerikanische Firma verhandelt jetzt über den Ankauf einiger ebenso bedeutender Meisterwerke der Eremitage.

Zur Reichstagswahl in Baden

III.

Die Sozialdemokratische Partei

P.A. Die Sozialdemokratische Partei hat bei der Reichstagswahl am 14. September in Baden 210 549 Stimmen erhalten, d. h. 17,9 v. H. der insgesamt gültig abgegebenen Stimmen.

Die Partei hat in sämtlichen Amtsbezirken des Landes Stimmen erhalten; in 2 Bezirken (Mannheim und Pforzheim) ist sie als stärkste Partei aus der Wahl hervorgegangen. Die höchsten sozialdemokratischen Stimmenzahlen weisen die Bezirke mit großen Städten und Industriebefölkerung auf, wie Mannheim (46 731), Karlsruhe (32 699), Pforzheim (16 824), Heidelberg (15 028), Freiburg (12 771), während die ausschließlich oder vorwiegend landwirtschaftlichen Bezirke wie Pfullendorf (201), Wehrkirch (898), Buchen (518), Oberkirch (618) usw. zurücktreten. Mehr als 10 000 sozialdemokratische Stimmen wurden noch im Amtsbezirk Rastatt abgegeben, dem in größerem Abstände die Bezirke Konstanz (6354), Lörrach (4824) und Emmendingen (4604) folgen. Zwischen 2000 bis 4000 Stimmen erhielt die Partei in 14 Amtsbezirken. Die beiden Bezirke Mannheim und Karlsruhe vereinigten auf sich zusammen 79 430 Stimmen, d. h. fast zwei Fünftel sämtlicher in Baden für die Sozialdemokratische Partei abgegebenen Stimmen.

Anteilsmäßig betrachtet, d. h. im Verhältnis zur Gesamtzahl der überhaupt gültig abgegebenen Stimmen steht der Amtsbezirk Pforzheim mit 26,7 v. H. sozialdemokratischen Stimmen an erster Stelle; es folgen die Amtsbezirke Mannheim (26,5), Karlsruhe (25,9) und die stark industrialisierten Bezirke Säckingen (23,8), Weinheim (22,7) und Ettlingen (21,9). Den Landesdurchschnitt mit 17,9 v. H. sozialdemokratischen Stimmen übertreffen weiterhin die Bezirke Bretten (20,4), Rehl (19,6), Heidelberg (19,4) und Rastatt (18,9). Am geringsten ist der sozialdemokratische Stimmenanteil in den Bezirken Buchen (4,0), Pfullendorf (4,0), Tauberbischofsheim (4,3), Wehrkirch (5,8) usw.

Wirft man einen Blick auf die Wahlergebnisse für die Sozialdemokratische Partei in den einzelnen Gemeinden bzw. Wahlorten, so zeigt sich, daß die Partei in 1419 Gemeinden, d. h. 93,0 v. H. sämtlicher Gemeinden Stimmen erhalten hat. In 88 Gemeinden hat die Partei mehr Stimmen erhalten als jede andere Partei. Mehr als 1000 sozialdemokratische Stimmen wurden in den nachstehenden 19 Gemeinden abgegeben: Ettlingen (1089), Rastatt (1187), Rehl (1242), Ofenbürg (1279), Lörrach (1283), Rheinfelden (1296), Lahr (1479), Sickingen (1558), Emmendingen (1574), Weinheim (1944), Konstanz (2625), Baden (3164), Durlach (3655), Heidelberg (9056), Freiburg (10 685), Pforzheim (10 959), Karlsruhe (21 423) und Mannheim (38 793).

Sieht man die sozialdemokratischen Stimmen ins Verhältnis zur Gesamtstimmengahl, so ergibt sich, daß der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen in 885 Gemeinden unter 10 v. H., in 376 Gemeinden 10 bis unter 25 v. H., in 154 Gemeinden 25 bis unter 50 v. H. und in 4 Gemeinden mehr als 50 v. H. ausmacht. Diese letzteren 4 Gemeinden mit einem sozialdemokratischen Stimmenanteil von 50 und mehr v. H. sind Waldhilsbach, Amtsbezirk Heidelberg (51,0 v. H.), Dietzingen, Amtsbezirk Pforzheim (53,3), Neuenheim (55,5) und Leutesheim (75,0), beide Amtsbezirke Rehl. Keine Stimme erhielt die Sozialdemokratische Partei in 187 Gemeinden.

Gegenüber der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 ergeben sich für die Sozialdemokratische Partei folgende Änderungen:

1. Die Gesamtzahl der sozialdemokratischen Stimmen ist am 14. September d. J. um 6203 größer als im Jahre 1928; ihr Anteil an der Gesamtzahl der gültig abgegebenen Stimmen um 4,6 v. H. geringer als vorher.
2. Die Zahl der Amtsbezirke mit mehr als 1000 sozialdemokratischen Stimmen beträgt 80 gegen 31 bei der Reichstagswahl im Jahre 1928.
3. den 2 Amtsbezirken, in denen die Sozialdemokratische Partei heute die stärkste Partei ist, stehen 7 im Jahre 1928 gegenüber.
4. In 93,0 v. H. aller Gemeinden wurden am 14. September Stimmen für die Sozialdemokratische Partei abgegeben, im Jahre 1928 nur in 92,9.
5. Die Zahl der Gemeinden mit mehr als 1000 sozialdemokratischen Stimmen beträgt 19, bei der Reichstagswahl 1928 dagegen 21.
6. Die Zahl der Gemeinden, in denen die Sozialdemokratische Partei 50 Proz. und mehr aller abgegebenen Stimmen erhalten hat, beträgt 4, bei der 1928er Reichstagswahl 25.
7. Den 107 Gemeinden ohne sozialdemokratische Stimmen stehen 108 im Jahre 1928 gegenüber.

Aus den Ländern

Annahme des Etats im bayerischen Landtag

Das Gesetz über die Abgleichung des ordentlichen Haushalts für 1930, das auch die Schlachtsteuer enthält, wegen deren Nichtannahme im Sommer die Regierung Geld zurücktrat, wurde in der Freitagssitzung des Bayerischen Landtags erledigt. In namentlicher Abstimmung wurde die Regierungsvorlage mit 86 gegen 2 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen angenommen. Für die Vorlage stimmten die Bayerische Volkspartei, die Deutschen Nationalen, die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten, dagegen die Kommunisten, während sich die Bauernbündler der Stimme enthielten. Die Nationalsozialisten beteiligten sich an der Abstimmung nicht.

Wiederzusammentritt des preussischen Landtags

Der Alltagsrat des Preussischen Landtags wird am Dienstag vor Wiedereröffnung der Plenarberatungen zusammentreten, um den Beratungsplan festzulegen. Die Sitzung des 4. November wird durch die Beratung der Rüsttravensanträge gegen den Minister Severing ausgefüllt werden. Bei der Beratung der Anträge über Grubenversicherung wird es zu einer eingehenden Aussprache über die letzten Bergwerksunglücke kommen. Zur Verabschiedung stehen das neue Landwirtschaftsministergesetz und die Gemeindeverträge, Gemeindeverträge sowie die Bürgersteuer. Mitte November wird sich der Landtag voraussichtlich bis etwa zum 10. Dezember wieder versammeln. Sodann wird er sich in der Hauptsache mit dem neuen Haushalt zu beschäftigen haben, der zuvor vom Staatsrat begutachtet worden ist. Man rechnet mit dem Eingang des Haushaltsplanes für 1931 im Landtag zum 14. Dezember.

Der Unterausschuß des Hauptauschusses beriet am Freitag über die gesetzliche Regelung der Kürzung der Abgeordnetenlöhne, die mit Wirkung vom 1. Dezember in Kraft tritt. Es soll gesetzlich festgelegt werden, daß die monatlichen Diäten für Landtagsabgeordnete nicht mehr 750 M, sondern nur noch 600 M betragen sollen. Für die Wahrnehmung von Auswahlaberungen an Plenarversammlungen sollen nicht mehr 25 M, sondern nur noch 10 M gewährt werden.

Bei dem Erdbeben in Italien wurden 17 Personen getötet. Freitag vormittag wurde in Ancona ein neuer Erdstoß verspürt, der jedoch keinen Schaden verursachte.

Die Sparmassnahmen des Reichs

Der Etat der Reichsregierung und des Reichstags

Der nunmehr vorliegende Haushaltsplan des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei zeigt, wie der „Demokr. Zeitungsb.“ mitteilt, eine Ersparnis von rund 1 Million Reichsmark. Das ist insofern beachtlich, als der Zuschuß im ordentlichen Etat überhaupt rund 2,5 Millionen Reichsmark beträgt.

Der Fonds, der dem Reichskanzler zu allgemeinen Zwecken zur Verfügung steht, ist um 20 000 Reichsmark gekürzt worden. Wegen der Notlage im Rechnungsjahre 1931 hat die Reichsregierung bei der 2. Beratung des Haushaltsplanes 1930 beschlossen, die Vertretung der Reichsregierung in Preußen künftig wegzulassen und dies schon jetzt zu verwirklichen. Der Vertreter der Reichsregierung, der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Saniel, wird in den einmündigen Ruhestand versetzt werden. Aus dem Etat des Reichskanzlers ist noch weiter bemerkenswert, daß für das Jahr 1930 in diesem Haushalt der Reichsminister ohne Geschäftsbereich etabliert worden ist.

Infolge der Kürzung des Gehälter um 20 Prozent bezieht der Reichspräsident nunmehr noch 48 000 Reichsmark Gehalt und 120 000 Reichsmark Aufwandsgehalt.

Im Haushalt des Reichstags sind die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Reichstags auf 4 833 200 Reichsmark gekürzt worden gegenüber 4 855 000 Reichsmark im Vorjahre. Diese Summe setzt sich zusammen aus den Aufwandsentschädigungen für 577 Reichstagsabgeordnete in Höhe von 7200 Reichsmark jährlich, aus den Aufwandsgehaltern des Reichstagspräsidenten in Höhe von 28 800 Reichsmark und aus den Tagesgehaltern der Ausschüsse in Höhe von 100 000 Reichsmark. Davon werden 200 000 Reichsmark auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen abgezogen, so daß sich die vorgenannte Summe ergibt. Ingesamt sind die Aufwandsentschädigungen von jährlich 9000 Reichsmark auf 7200 Reichsmark herabgesetzt worden. Die Entschädigung an die Eisenbahn für die Freifahrt der Abgeordneten hat sich infolge der Vermehrung der Abgeordneten um 220 000 Reichsmark erhöht, sie beträgt jetzt rund 1,5 Millionen Reichsmark.

Das Urteil im Bombenlegerprozess

Schwere Zuchthausstrafen

Im Bombenlegerprozess in Atona wurde Freitag abend 6 Uhr das Urteil verkündet: Gutsherren Claus Heim erhielt sieben Jahre Zuchthaus, Schriftsteller Herbert Vold sieben Jahre Zuchthaus, Kaufmann Hans Nidels zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, Kunstmalers Schmidt fünf Jahre sechs Monate Zuchthaus, Gutsherren Mathien ein Jahr Zuchthaus, Juwelier Kelling wird freigesprochen, Kraftwagenführer Wiborg erhält ein Jahr drei Monate Gefängnis, Kaufmann Johnsen fünf Jahre drei Monate Zuchthaus, Geschäftsführer Wehste 50 M Geldstrafe oder fünf Tage Haft, außerdem sechs Monate Gefängnis, Gastwirt Matthes 50 M Geldstrafe, Landwirt Henning fünf Jahre drei Monate Zuchthaus, Landwirt Bid sechs Jahre Zuchthaus, Landwirt Lohmann fünf Jahre Zuchthaus, Landwirt Weder fünf Jahre drei Monate Zuchthaus, Weichenfeller Mahndes ein Jahr Zuchthaus, Kaufmann Nieper ein Jahr drei Monate Zuchthaus, Landwirt Hollander vier Monate Gefängnis, Frau Sollander wird freigesprochen, Landwirt Wosten erhält vier Monate 14 Tage Gefängnis, Hofbesitzer Wilhelm Gankens statt zwei Monate Gefängnis 500 M Geldstrafe, Schriftleiter Bruno v. Salomon wird freigesprochen.

In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Die Angeklagten haben im wesentlichen geschwiegen. Das war ihr gutes Recht, das ihnen keinen Nachteil bringen durfte, aber sie wurden überführt. Nach dem Ergebnis der Vernehmung und den früheren Geständnissen hält das Schwurgericht sie für überführt. Die Frage, ob das Sprengstoffgesetz in Anwendung zu bringen sei, hat das Schwurgericht bejaht. Für die Behauptung, Frau v. Derten sei als Agent provocateur aufgetreten, ist auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht worden. Ein übergeleiteter Notstand, wie von der Verteidigung behauptet worden war, muß als nicht vorliegend erachtet werden.

Die Angeklagten hängen mit heißem Herzen an ihrer Scholle. Heim hat sein ganzes Vermögen seiner Idee geopfert, aber so dringlich war die Not nicht, daß ihnen gar kein anderer Weg übrig blieb, sie abzuwenden. Und auch eine unmittelbare, anders nicht abwendbare Gefahr bestand nicht. Darum mußten die Angeklagten verurteilt werden. Dem Angeklagten von Salomon ist nicht nachzuweisen, daß er von den Attentaten Kenntnis hatte. Er mußte deshalb freigesprochen werden. Der Angeklagte Vold konnte nicht geringer bestraft werden als Heim, denn er ist derjenige, der diesen unglückseligen Gedanken der Attentierung der Landvolkbewegung gefaßt hat.

Sämtlichen Angeklagten wird die Untersuchungshaft voll angerechnet. In Anbetracht der erkannten hohen Strafen werden die Angeklagten Vold, Bid, Lohmann und Weder sofort in Haft genommen.

W.B. Hamburg, 1. Nov. (Tel.) Wie die Blätter melden, ist in der vergangenen Nacht gegen die im Atonaer Bombenlegerprozess beteiligten Jeanin Frau von Derten, von der behauptet worden war, daß sie sich als „Agent provocateur“ betätigt habe, Meineidsanzeige erstattet worden. Man nimmt an, daß durch die Anzeige eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die verurteilten Bombenleger erreicht werden soll.

Geheimrat Duisberg sprach am Freitag im Berliner Rundfunk über das Thema „Der Weg aus der Krise“. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Überwindung der Krise von der Entschlußkraft der Oberbereitschaft eines jeden einzelnen am Wirtschaftsprozess Teilnehmenden abhängt, und ebenso von der reibungslosen Zusammenarbeit aller Kräfte. Möge der Winter auch schmer werden, Grund zur Mutlosigkeit sei noch lange nicht vorhanden.

Washington und die Kriegsschulden. Staatssekretär Stimson erklärte, die amerikanische Regierung habe ihren Standpunkt hinsichtlich der Kriegsschulden und der Reparationen nicht geändert, von einer Bewegung für ein Moratorium sei dem Staatsdepartement nichts bekannt.

Nunmehr ist auch die Reihe des letzten der im Raybachschacht eingeschlossenen gemessenen Bergleute geborgen worden. Nach amtlicher Mitteilung beträgt die bisherige Zahl der in Misdorf untermommenen Bergleute 265. Das Schicksal der restlichen 17 Bergleute ist noch nicht geklärt.

Aus der Bibliothek des Reichstages ist, wie die „D. A. Z.“ meldet, die Verfassungsurkunde von 1848 entwendet worden. Die Entdeckung wurde, obwohl der Diebstahl schon einige Zeit zurückliegt, erst jetzt gemacht. Es ist sofort Anzeige gegen Unbekannt bei der Kriminalpolizei erstattet worden.

Mit dem Abflug des Flugzeuges „Do. X.“ von Friedrichshafen nach Amsterdam kann am morgigen Sonntag gerechnet werden, falls die Witterungsverhältnisse sich bessern, sonst dürfte der Start auf den 3. November verschoben werden. „Daily Telegraph“ meldet aus Southampton, daß auf dem Flugbootes „Do. X.“ alles zum Empfang des deutschen Riesenflugbootes „Do. X.“ bereit sei.

Badischer Teil

Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer

Die 37. Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer wurde endgültig auf Freitag, den 14. November 1930, nachmittags 3 Uhr, und den darauffolgenden Samstag angelegt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Wahlen zum Deutschen Landwirtschaftsrat, die Aufnahme von Anleihen, der Bericht der von der 36. Vollversammlung eingesetzten Sparkommission, der Vertrag mit landwirtschaftstechnischen Organisationen und der Bericht über die Güter der Badischen Landwirtschaftskammer. Der Höchstbetrag der neu aufzunehmenden Anleihen soll auf 200 000 Reichsmark festgesetzt werden.

Verjuch- und Lehrgut Einach

Das Verjuch- und Lehrgut für Geflügelzucht der Badischen Landwirtschaftskammer, Einach bei Gengenbach, wurde am Freitag durch den Präsidenten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Berlin, Dr. von Weßky, und Otonomierat Wiese, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, in Begleitung des Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas, einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Die Herren äußerten sich sehr befriedigt über die Besichtigung und erwähnten insbesondere die Einfachheit aller Einrichtungen, wodurch die einzelnen Gebäude und Einrichtungen gerade als Vorbild für die landwirtschaftliche Geflügelzucht betrachtet werden müßten. Gleichfalls konnte die Überzeugung mitgenommen werden, daß die vorhandenen kräftigen Zuchtstämme und Funderte heute schon voll entwickelter Junggehennen auf den üppigen Gasausläufen Genähr bieten, daß es sich hier um hervorragendes Zuchtmaterial handelt.

Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz

Vor kurzem fand in Schopfheim die 62. Landesversammlung des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz statt. Dem Jahresbericht, welchen Präsident Hochstetler erstattete, entnehmen wir die folgenden Angaben:

Im Jahre 1929 konnte der Verein auf eine 70jährige Tätigkeit zurückblicken. 1929 wurden 4 Zweigvereine neu aufgenommen, so daß dem Verein nunmehr 417 Zweigvereine mit rund 89 000 Mitglieder angeschlossen sind. Der Hauptverein und die Zweigvereine unterhalten folgende eigene Anstalten: 1. Kinderheilstätte (Kinderkrippe) in Bad Dürkheim, 1 Kinderkrippe in Rheinfelden, 2. Wöchnerinnenheime, 6 Heime für Alte, 3 Heime für Berufstätige und 2 Erholungsheime für Erwerbstätige, 1 Seminar zur Ausbildung von Hauswirtschaftslehrerinnen, 1 Frauenarbeitschule (gewerbliche Unterrichtsanstalt), 69 Frauenarbeits- und Nähschulen, 7 Haushaltungs- und 12 Kochschulen, 4 Volksschulen, 6 Kinderkrippen, 103 Kindergarten und 202 Gemeindefrankenpflegeanstalten. Die Schwesternschaft des Badischen Frauenvereins umfaßt 1240 Pflegerinnen, darunter 65 Hilfschwester. Eine große Anzahl von Helferinnen leistete während der Urlaubs- und Krankheitszeiten der Schwestern Aushilfe. Die Schwestern sind auf 77 Pflegestationen tätig. Die Zahl der gepflegten Kranken belief sich auf 98 000. In 99 Gemeinden sind Landfrankenpflegerinnen des Vereins angestellt.

Zahlreiche Zweigvereine veranstalteten Wanderkurse zur Aus- und Weiterbildung schulentlassener Mädchen und Frauen im Kochen, Baden, Einnähen, Bügeln, Nähen u. a. m. 5 Zweigvereine unterhalten eigene Büchereien. Auch verbandet der Landesverein aus seiner Bücherei an die Zweigvereine Bücher zur unentgeltlichen Ausleihe an die Mitglieder. Weiter betätigten sich die Zweigvereine durch Abhaltung von Wanderkursen über Gesundheitspflege und hygienische Volksbelehrung, bei der Jugendgerichtshilfe, beim Pflegekinderwesen, bei der Fürsorge für das Kleinkind und das Schulkind, ferner bei der Bekämpfung der Tuberkulose- und Säuglingssterblichkeit, und in geringerem Umfang auch bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Große Aufwendungen entsanden dem Verein durch die Fürsorge für Hilfsbedürftige aller Art. Seine Tätigkeit auf dem Gebiet der Erholungs- und Fürsorge für Mütter hat im Berichtsjahr eine wesentliche Erweiterung erfahren. Die Belohnung von Hausangestellten für langjährige treue Pflichterfüllung wurde auch im Berichtsjahr durchgeführt. Die Zusammenarbeit des Vereins bzw. seiner Zweigvereine mit der amtlichen Wohlfahrtspflege wickelte sich in erfreulicher Weise ab.

Aus den Parteien

Keine Auflösung der Badischen Bauernpartei. Die in verschiedenen Zeitungen erschienene Nachricht, die Badische Bauernpartei hätte sich aufgelöst, wird als unzutreffend erachtet. Die zuständigen Instanzen haben seit den Reichstagswahlen überhaupt noch keine Sitzung abgehalten. Die Vertreter der Badischen Bauernpartei im Landtag werden auch weiterhin als Vertreter der Partei auftreten.

Neun Listen in Karlsruhe. Für die Gemeindevahl in Karlsruhe haben neun Parteien Listen eingereicht, nämlich die Nationalsozialisten, Deutschnationalen, der Evangelische Volksdienst, die Wirtschaftspartei, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Staatspartei, die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Bürgerliche Sammelliste in Freiburg i. Br. Nach langen Bemühungen ist es gelungen, in Freiburg i. Br. eine Bürgergemeinschaft für die Gemeindevahlen zu schaffen. Ihr gehören folgende Parteien an: Deutschnationaler Volksdienst, Deutsche Volkspartei, Deutsche Staatspartei, Konservative Volkspartei, sowie die bisherigen Bürgerauswahlmitglieder der Wirtschaftspartei: Bauereibesitzer Carl Feierling, Universitätsprofessor Dr. Friedländer, Syndikus des Freiburger Einzelhandels Dr. J. J. Mann, Architekt Kerbel und Malermeister Scholl, sowie der bisherige Stadtverordnete Architekt Krieger von der Fraktion der Geschädigten. Der Evangelische Volksdienst, die Wirtschaftspartei und die Geschädigtengruppe haben sich in letzter Stunde der allgemeinen bürgerlichen Sammlung verweigert. Daraufhin haben die sechs genannten bisherigen Stadtverordneten sich von ihnen getrennt.

Aus der badischen Industrie

Betriebsstilllegung der Heinrich-Lanz-WG. Die Heinrich-Lanz-WG., Mannheim, hat die Absicht, in der nächsten Zeit, ebenso wie im vorigen Jahr, fürsorglich einen Antrag auf vorübergehende teilweise Stilllegung einiger Abteilungen des Werkes zu stellen. Der Beginn und die Dauer dieser Stilllegung, man rechnet bis zum Januar 1931, stehen noch nicht fest. Maßgebend wird sein die Entwicklung des Abfases.

Aus der Landeshauptstadt

Die Weihe des Karlsruher Kriegerehrenmals. Wir weisen nochmals darauf hin, daß am morgigen Sonntag (nachmittags 3½ Uhr) die Weihe des von der Stadt auf dem Kriegerfriedhof erstellten Gefallenen Ehrenmals stattfinden wird. Zu dieser Veranstaltung ist die gesamte Bevölkerung der Stadt Karlsruhe eingeladen. Auf den das Denkmal unmittelbar umgebenden Platz, der verhältnismäßig klein ist, kann aber nur zugelassen werden, wer eine Zutrittskarte hierfür besitzt (Kriegshinterbliebene, Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene der Fliegeropfer, Vereinsabonnenten und Mitwirkende). Für das übrige Publikum stehen die breiten Wege innerhalb des Kriegerfriedhofs und die Zugangswege dort zur Verfügung, und zwar ohne Zutrittskarten. Es wird selbstverständlich vorausgesetzt, daß Gräber und Anlagen gesichert werden. Das Programm sieht folgendes vor: 1. Choral: „Jesus, meine Zuversicht“ (Polizeikapelle). 2. Männerchor: „Selig sind die Toten“, von Felix Mendelssohn-Bartholdy (Lehrergesangsverein). 3. Weihenansprache des Oberbürgermeisters. Daran anschließend: Kranzniederlegungen. (Die Vereinsabonnenten legen ihre Kränze in stummem Vorbeigehen am Denkmal nieder, währenddessen spielt die Musik das Lied vom „guten Kameraden“). 4. Männerchor mit Orchesterbegleitung: „Deutscher Volkerruf“, von Jos. Reiter, instrumentiert von Dr. Heinz Knoll (Lehrergesangsverein und Polizeikapelle).

Die Fahrt des „Graf Zeppelin“ nach Karlsruhe. Wenn das Wetter keinen Strich durch die Rechnung macht, so ist am Sonntag, den 9. November, nachmittags gegen halb 2 Uhr, die Landung des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ auf dem hiesigen Flugplatz zu erwarten. Man rechnet natürlich mit einem Massenbesuch von Zuschauern. Die Regierung und die Stadtverwaltung werden offiziell vertreten sein, und Staatspräsident Dr. Schmitt sowie Oberbürgermeister Dr. Finter werden an Offiziere und Mannschaften des Luftschiffes herzliche Begrüßungsworte richten. Im Gebiet um den Karlsruher Flugplatz wird die Polizei im weitesten Umfang Abwehrmaßnahmen durchführen.

Im Kampf gegen die Not. Am Erntee- und Dankfest, Sonntag, den 16. November, wird wieder die von der Evangelischen Landeskommission beschlossene Kirchenjammlung für die unverschuldet Erwerbslosen und für sonstige Notleidende erhoben.

Wiltiger Gasthof. Der Stadtrat Karlsruhe hat der Herabsetzung der Koksverkaufspreise beim städtischen Gaswerk um etwa 10 Proz. zugestimmt.

Badisches Landestheater. Die zweite Abteilung der Sondernote des „Zeittheater“-Zyklus (rote Karten) erhält am Montag, dem 8. November, das Schauspiel „Bor“ von Gerhart Hauptmann. Am Dienstag, dem 9. November, gelangt in der Oper Ruccini's „Die Bohème“ neuinszeniert zur Aufführung. Am Mittwoch, dem 10. November, findet das 2. Sinfoniekonzert statt. Der altfranzösische Schwan „Advokat Patelin“ und das altitalienische Lustspiel „Der Diener zweier Herren“ von Goldoni gelangen am Donnerstag, dem 11. November, zur ersten Wiederholung und am Freitag, dem 12. November, gehen Hebbels „Nibelungen“ mit den beiden ersten Teilen: „Der gehörnte Siegfried“ und „Siegfrieds Tod“ in Szene. Den Beschluß der Woche bildet am Samstag, dem 13. November, ein Langabend, dem eine ganz besondere Bedeutung zukommt, indem „Die Joseshelegende“ von Richard Strauß (Handlung von Harry Graf Kessler und Hugo von Hofmannsthal), unter Leitung von Harald Josef Fürstenau zum ersten Male vom Tanzkörper unserer Bühne inszeniert, zur Wiederaufführung kommt, und zuvor ein gänzlich verschollen gewesenes und unter seltsamen Umständen wieder aufgefunden Ballet Mozarts: „Die Liebesprobe“, zur alleinigen Aufführung gelangen wird. Am Sonntag, dem 14. November, geht als Nachmittagsvorstellung für auswärtige Platzmieter Halévy's Oper „Die Jüdin“ in Szene, und — als Abendvorstellung — Ruccini's Oper „Die Bohème“. — Im Konzertsaal wird an demselben Sonntag die hiesige Erstaufführung der Operette „Meine Schwester und ich“ in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel nach Verr und Verneuil von Robert Klum, Gesangstexte und Musik von Ralph Benatzky, stattfinden. — Es sei heute schon darauf hingewiesen, daß es der Theaterleitung gelungen ist, das derzeit in Berlin mit aufsehenerregendem Erfolge spielende Japanische Theater für ein einmaliges Gastspiel zu gewinnen, das in der letzten Novemberwoche stattfinden soll.

Kurze Nachrichten aus Baden

23. Mannheim, 31. Okt. Der Nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Münchmeyer, der gestern abend hier sprechen sollte, erhielt Heberverbot von badischen Innenministerium.

* Freiburg, 30. Okt. Heute feierte Geh. Rat Edmund Reumann mit seiner Gemahlin Mary Agnes ged. Ihne das seltsame Fest der goldenen Hochzeit. Geh. Rat Reumann hat sowohl als Schulmann wie als Politiker ganz hervorragendes geleistet. In ihm verkörpert sich ein Stück badischer Geschichte. Trotz seiner 77 Jahre nimmt er noch regen Anteil an allen Geschäften. Er ist u. a. Ehrenmitglied des Verbandes des Bad. Arbeiterbildungsvereine, die ihm sehr viel verbanken.

Hd. Freiburg, 31. Okt. Der frühere Chefredakteur der „Freisauer Zeitung“ Rudolf Joseph ist im Alter von 61 Jahren gestorben. Er erlag einem Herzschlag. Joseph war seit mehreren Jahren krank. In letzter Zeit hielt er sich in Konstanz, wo er Heilung von seinem Leiden suchte, auf. Der Verstorbene war früher in Niga als Chefredakteur tätig, mußte aber infolge der bolschewistischen Unruhen seine Tätigkeit aufgeben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	1. November		31. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.86	169.20	168.83	169.17
Kopenhagen 100 Kr.	112.16	112.38	112.14	112.36
Italien . . . 100 L.	21.945	21.985	21.95	21.99
London . . . 1 Pf.	20.37	20.41	20.368	20.408
New York 1 D.	4.1930	4.2010	4.1923	4.2005
Paris . . . 100 Fr.	16.45	16.49	16.448	16.488
Schweiz . . . 100 Fr.	81.355	81.515	81.36	81.52
Wien 100 Schilling	59.09	59.21	59.125	59.245
Prag . . . 100 Kr.	12.433	12.445	12.434	12.454

Rheinische Hypothekbank Mannheim. Die Widerspruchsfreiheit gegen das bekannte Angebot der Bank auf Abfindung der Besitzer ihrer Pfandbriefe und Kommunalobligationen alter Währung ist nunmehr abgelaufen. Gegen die Abfindung der Pfandbriefe wurden Einsprüche nur in Höhe von nicht ganz 1½ v. H. der teilnahmeberechtigten Pfandbriefe, gegen die Abfindung der Kommunalobligationen Einsprüche nur in Höhe von etwa ½ v. H. erhoben. Das Angebot (für die Pfandbriefe 20 v. H. einschließlich der bereits ausgeschütteten 17 v. H., für die Kommunalobligationen 8 v. H.) gilt daher nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften von allen Pfandbrief- und Kommunalobligationensachhabern angenommen.

Süddeutsche Zuder AG, Mannheim. In engstem Kreise der Verwaltung hat man sich über das Ergebnis für 1929/30 besprochen, das als befriedigend bezeichnet wurde. Trotzdem besteht die Meinung, mit dem Dividendenvorschlag an den Aufsichtsrat herunterzugehen, und zwar, der „Frankf. Zig.“ zufolge, um vielleicht 2 Prozent, das würde also heißen, auf 10 gegen i. R. 12 (1927/28: 10) Prozent. Zur Begründung wird auf die ungünstige Lage der Zuderindustrie im ganzen verwiesen, die vor allem durch den Zwang zum Export zu dem weit unter dem deutschen liegenden Weltmarktpreis große Verluste zu tragen habe. Trotz der zugehörigen Verhältnisse sei aber der Anbau weiter vermehrt worden, in Süddeutschland um etwa 20 Prozent. Es sind jetzt Verhandlungen im Gange, um für die Kampagne 1931/32 eine Kontingentierung zu erreichen, die dem Exportzwang ein Ende setzen soll. Aus den Abfallprodukten, wie Melasse und Sämel, erwünschen den Zuderfabriken bei den derzeitigen tiefen Preisen keine nennenswerten Einnahmen.

Maschinenfabrik Badenia, Weinheim. Die Gesellschaft wurde bekanntlich vor etwa ½ Jahre von der Firma Keller & Co., Weinheim, käuflich erworben. Durch langwierige Verhandlungen gelang es der Firma Keller & Co., die Fortführung des früheren Firmennamens „Maschinenfabrik Badenia“ sicherzustellen. Der derzeitige Fabrikationszweig beschränkt sich auf Ersatzteile und kleine landwirtschaftliche Maschinen. Die Belegzahl beträgt etwa 110.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Oktober auf 145,4 gegenüber 146,9 im Vormonat.

Die Kleinverkaufspreise für Britetts werden im gesamten Absatzgebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbündels um mindestens 5 Pf. je Zentner gesenkt.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 4. bis 10. November 1930

Im Landestheater:
Dienstag, 4. Nov. * G 6 Th.-Gem. 1201—1350. Neu einstudiert: Die Bohème. Von Ruccini. 20 bis 22½ (7 M).
Mittwoch, 5. Nov. 2. Sinfoniekonzert. Solist Nathan Milstein (Violine). 20 bis gegen 22 (5 M).
Donnerstag, 6. Nov. * D 7 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 1851 bis 1900. Advokat Patelin. Schwan von Brueys und Galaprat. Hierauf: Der Diener zweier Herren. Lustspiel von Goldoni. 19½ bis 22½ (5 M).
Freitag, 7. Nov. * F 6 (Freitagmiete). Die Nibelungen I. und II. Abteilung. Trauerspiel von Hebbel. 19½ bis gegen 22½ (5 M).
Samstag, 8. Nov. * A 6. Th.-Gem. 1101—1200. Uraufführung: Die Liebesprobe. Ballett von Mozart. Hierauf: Neu einstudiert: Die Joseshelegende. Ballett von Richard Strauß. 20 bis gegen 22 (6 M).
Sonntag, 9. Nov. Nachmittags: 2. Vorstellung der Sondernote für Auswärtige: Die Jüdin. Große Oper von Halévy. 15 bis 18 (4,50 M).
Abends: * B 7 Th.-Gem. I. S.-Gr. Die Bohème. Von Ruccini. 19½ bis 22 (8 M).
Montag, 10. Nov. * E 7 Th.-Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte. Die Nibelungen I. und II. Abteilung. Trauerspiel von Hebbel. 19½ bis gegen 22½ (5 M).

Im Städtischen Konzertsaal:
Sonntag, 2. Nov. Keine Vorstellung.
Sonntag, 9. Nov. * Zum ersten Male: Meine Schwester und ich. Operette in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel nach Verr und Verneuil von Robert Klum. Gesangstexte und Musik von Ralph Benatzky. 19½ bis 22 (8,50 M).

Auswärtiges Gastspiel:
Samstag, 1. Nov. In Heidelberg: Carmen.
Die 8. Rate (November) für die Theaterplatzmiete kann vom 8. bis 6. Nov. an der Theaterkasse einbezahlt werden. Vom 7. Nov. an erfolgt Hauseinzug. Ganggebühr 50 Pf.
An Allerheiligen, den 1. Nov., ist die Vorverkaufsstelle nachmittags geschlossen. Umtausch für Inhaber von Blockfesten ausnahmsweise vormittags von 10 bis 13 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und Umtausch ab Montag vormittags.
Neuanmeldungen für die Jahresplatzmiete, Sinfoniekonzertmiete sowie Einzelmietungen für das Zeittheater werden bei der Theaterkasse entgegengenommen.
Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Gds. Kaiser- u. Waldstraße, Tel. 888, und Kunststiftung des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, Tel. 1420, Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werberplatz 48, Tel. 503.

Leipziger Lebensversicherung

1830-1930



Generalagentur Karlsruhe:
Ludwig Homburger, Karlsruhe
Kiefel 20. Fernruf 1836

Hundert Jahre bahnbrechende Förderung des Lebensversicherungswesens

Extra billige Angebote

aus unseren Bekleidungs-Abteilungen

Konfektion

Plüschbesetzte jugendliche Einfarbige flotte Damen-Mäntel , engl. Stoffe zum Teil gefüttert	21,50, 19,75,	16,50
Damen-Mäntel , ganz auf Futter, blau, bord, grün, Pelzbesetz	42,—, 34,50,	26,75
Elegante Mäntel in modernen Stoffen, letzte Formen und Farben	89,—, 68,—,	55,—
Plüsch-Mäntel Pelz-Imitationen ganz auf Seide gearbeitet	52,—, 38,—,	29,50
Kinder-Mäntel aus guten Strapazierstoffen, flott gearbeitet, Länge 45	8,50, 6,50,	4,50
Kinder-Mäntel flotte Formen, Länge 45	2,65, 1,80,	—,95
Damen-Kleider aus beliebigen Tweedstoffen, neue Formen und Musterstellungen aus Flamingo, Tweedmuster mit Faltenrock u. Mädel-Kragen	16,75, 12,75,	8,90
Damen-Kleider Kunstseiden-Marocain, sehr flott gearbeitet	42,—, 29,50,	19,75
Damen-Kleider Trikot Charmeuse, einfarb. und Tweedmuster	45,—, 35,—,	21,75
Damen-Kleider Trikot Charmeuse, einfarb. und Tweedmuster	22,50, 18,50,	12,75
Morgenröcke neu eingetroffen, in vielen Farben und Arten	9,75, 6,50,	3,90

Schuhe

Damenspangenschuhe schwarz, braun Lack	4,90
Herrenschuhe Rahmenarbeit Boxcalf und Lack	12,50
Herrensportstiefel Doppelsonnen	11,75
Herrenhalbschuhe spitze u. breite Formen	9,75
Kinderschuhe in enormer Auswahl	1,95
Überschuhe m. Kragen 36-42	8,90 7,90
Warme Schuhe auf Tischen ausgelegt	2,50 1,75 1,25

Damenhüte

Flotte Filzkappen mod. Farben	2,90
Jugendl. Filz-Glocke m. mod. Schliß	3,50
Frauen-Filzhut mit Bandgarn, gr. Kopfweiten	4,50
Filz-Kappe neueste Form m. Rippebd.-Schleife	5,50
Mod. Filz-Glocke mit Randstopperei	6,50
Echte Basken-Mützen viele Farben	1,90
Kinderhüte in Filz u. Homespun	2,90 1,90

KNOPF Karlsruhe

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Müdelvermögen

Betr. Jagdverpachtungen

Die meisten badischen Jäger sind abonniert auf „Der Deutsche Jäger“, München (älteste deutsche Jagdzeitung), offizielles Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksgruppen Wertheim, Tauberbischofsheim, Buchen, Osterburken, Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Forstheim, Karlsruhe, Kastatt, Baden-Baden, Kehl-Offenburg, Hinzigtal, Lahr, Freiburg, Waldshut, Donaueschingen, Lörrach und Konstanz: Also das geeignete Anfordigungsorgan für Jagd- und Fischereiverpachtungen. Probenummer kostenlos. Anschrift: Verlag „Der Deutsche Jäger“ F. C. Mayer G.m.b.H., München C 2.



Die Credit Auskunft
Verlag
Die Credit Auskunft
Poststr. 2, 5
Eisenstraße 7

Badische Kommunale Landesbank Girozentrale

Oeffentliche Bank- und Pfandbriefanstalt
Mannheim **Karlsruhe**
Augusta Anlage 33/4 Karl-Friedrich-Straße
Freiburg
Friedrichstraße 39
Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte
Gewährung von Hypotheken R.512

Grundstückszwangsversteigerung.

5 V. T. 24/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am Donnerstag, den 18. Dezember 1930, vorm. 9 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 2. Stod., Zimmer 18, das Hausgrundstück — Rheinstraße Nr. 17 — des Ludwig Barquet, Chemigraph in Karlsruhe, Rheinstraße 17, der Gemartung Karlsruhe.
Die Versteigerung wurde am 8. Oktober 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 8. Oktober 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem

Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstands.

Grundstücksbeschriftung:

- Rdg. Nr. 4690,
8 a 19 qm Hofreite,
5 a 02 qm Hausgarten,
8 a 21 qm.
Gehweg Rheinstraße Nr. 17.
Auf der Hofreite steht:
a) ein zweistöckiges Wohnhaus mit gewölbtem Keller,
b) ein einstöckiger Seitenbau, Wäckerlei,
c) ein einstöckiger Seitenbau, Schopf mit Waschküche und Schweinestall,
d) eine einstöckige Küche.
Schätzungswert ohne Zubehör 27 000 RM.
Schätzungswert mit Zubehör 27 400 RM.
Karlsruhe, den 30. Oktober 1930.
Notariat V — Vollstreckungsgericht —

Einladung

zur Landesversammlung des Badischen Krüppelfürsorgevereins

am Samstag, den 15. November 1930, nachmittags 14 Uhr, im Wielandheim (Krüppelheim) der Orthopädischen Anstalt Heidelberg-Schlierbach.
Tagesordnung:
1. Erstattung des Jahresberichts. 2. Erstattung des Rechenschaftsberichts. 3. Verschiedenes. R.693
15 Uhr Besichtigung des neu erbauten Wielandheimes (Krüppelheim).
Der Vorstand.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Rheinische Hypothekenbank in Mannheim

Durchführung der Aufwertungsabfindung

I. Bekanntmachung

Nachdem durch unsere staatliche Aufsichtsbehörde (Badisches Ministerium des Innern) festgestellt worden ist, daß unser Abfindungsangebot vom April 1930 (veröffentlicht im Reichsanzeiger Nr. 91, 92 und 93 vom 17., 19. und 22. April 1930) als von allen Gläubigern angenommen gilt, wird dieses Abfindungsabkommen nunmehr wie folgt durchgeführt:

A. Die Gläubiger unserer Pfandbriefe alter Währung erhalten als Aufwertung eine Abfindung von 20% des Goldmarkbetrages ihrer teilnahmeberechtigten Pfandbriefe. Auf diese Abfindung werden die Teilausschüttungen in Liquidationsgoldpfandbriefen von 10% und 5% sowie die Teilausschüttung in bar von 2% angerechnet, so daß nunmehr noch restlich 3% des Goldmarkbetrages der teilnahmeberechtigten Pfandbriefe (= 30% der den Anteilsscheinen aufgedruckten Beträge) auszuschütten sind.

B. Die Gläubiger unserer Kommunalobligationen alter Währung erhalten als Aufwertung eine Abfindung von 8% des Goldmarkbetrages ihrer teilnahmeberechtigten Kommunalobligationen.

C. Die Ausschüttung der nach A. und B. zu leistenden Abfindungsbeträge erfolgt mit unseren 4 1/2-prozentigen ab 1. Januar 1930 verzinslichen Liquidationsgoldpfandbriefen; für Beträge von 40 GM, 30 GM, 20 GM und 10 GM werden Zertifikate ausgegeben; Spitzenbeträge unter 10 GM werden in bar ausbezahlt. Die Zinscheine der Liquidationsgoldpfandbriefe für das Jahr 1930 werden von uns eingelöst und die Zinsbeträge abzüglich der Kapitalertragssteuer in bar vergütet.

D. Zur Empfangnahme der nach A. zu leistenden Abfindungsbeträge ist die Einreichung der teilnahmeberechtigten Anteilsscheine, welchen die Ratenheine Nr. 3 und Nr. 4 anhängen müssen, erforderlich.

Zur Empfangnahme der nach B. zu leistenden Abfindungsbeträge ist die Einreichung der teilnahmeberechtigten Kommunalobligationen erforderlich.

Die Einreichung muß portofrei unter Benützung der von uns kostenlos zu beziehenden Bordrute, getrennt nach Pfandbriefen bzw. deren Anteilsscheinen und nach Kommunalobligationen, geordnet nach Reihe, Buchstabe und Nummer erfolgen. Andere Papiere dürfen der Einreichung nicht beigelegt werden. Die Sendungen sind zu adressieren an die Rheinische Hypothekenbank (Aufwertungsabteilung) in Mannheim.

Die eingereichten Papiere werden sofort nach Eingang entwertet; eine Verfüzung des Einreichers über die eingereichten Papiere ist daher ausgeschlossen.

Die Ausfolgung der Abfindungsbeträge — voraussichtlich etwa ab Ende Dezember d. J. — geschieht nach der Reihenfolge des Eingangs durch unsere Kasse bzw. nach auswärts durch spezialisierte Überfendung und zwar jeweils nur an den Einreicher.

Die eingereichten Anteilsscheine werden durch Aufdruck in „Gutscheine“ umgewandelt und mit den Abfindungsbeträgen zurückgegeben. Diese „Gutscheine“ beziehen sich anteilmäßig auf diejenigen Abfindungsbeträge, die von den Pfandbriefgläubigern nicht abgehoben werden und nach Ablauf der Verjährungsfrist nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften über die Verjährung möglicherweise frei werden könnten, soweit durch gesetzgeberische Maßnahmen nichts anderes verfügt werden sollte.

E. An die Gläubiger ergeht hiermit die Aufforderung, alsbald ihre Ansprüche anzumelden, d. h. die teilnahmeberechtigten Anteilsscheine nebst den Ratenheinen Nr. 3 und 4 sowie die teilnahmeberechtigten Kommunalobligationen zur Empfangnahme der Abfindungsbeträge einzureichen.

Zugleich werden diejenigen Gläubiger, welche ihre Pfandbriefe alter Währung oder die Ratenheine Nr. 1 oder die Ratenheine Nr. 2 zwecks Empfangnahme der früheren Ausschüttungen noch nicht eingereicht haben, aufgefordert, alsbald ihre Ansprüche d. h. die Einreichung nachzuholen.

Werden teilnahmeberechtigte Pfandbriefe alter Währung, bzw. Anteilsscheine, bzw. Ratenheine, bzw. teilnahmeberechtigte Kommunalobligationen alter Währung zur Empfangnahme der Abfindungsbeträge nicht bis spätestens 31. März 1931 eingereicht oder wird bis dahin nicht nachgewiesen, daß ein Antrag auf Einleitung des Aufgebotsverfahrens oder auf Zahlungsperre gestellt ist, so ist die Bank berechtigt, die hierauf entfallenden Anteile zu hinterlegen. Auf diese Rechtsfolge der Nichterhaltung der Frist wird hingewiesen.

Mannheim, im Oktober 1930.

Rheinische Hypothekenbank.



Stimmzettel

für die
Kommunalwahlen
liefert
G. BRAUN G. M. B. H.
DRUCKEREI UND VERLAG
KARLSRUHE IN BADEN

Bei der Ortenauer Sparrasse in Windschlag ist die Stelle des

Geschäftsleiters

sofort neu zu besetzen. Bedingung: Ablegung einer Sparrassenprüfung und Stellung einer Kaution in Höhe von 20 000 RM. Entlohnung nach Gruppe 7 der Reichsbesoldungsordnung. Bewerbungen erbeten bis 10. November 1930 an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Ortenauer Sparrasse in Windschlag.

2000 schöne

Kanad.-Pappel-Pflanzen
bis über 4 m hoch, hat bei Abnahme von größ. Quanten zum Preise von 35 Pf. pro Stück abzugeben. R.688

Feinr. Stämmlinge, Mörsch (Waden).

R.21. Karlsruhe.

Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma **Heinrich Weintraub**, Inhaber Kaufmann Heinrich Weintraub in Karlsruhe, Kronenstr. 52, u. die Verfügungsbeschränkung wurde nach erfolgter Bestätigung des Vergleichs am 11. Oktober 1930 aufgehoben. Karlsruhe, den 30. Oktober 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8.

Zwischenpiel aus „Der Heidekönig“. Gedicht von: Christian Lorenz. Richard Wagner: Trauermarsch aus „Götterdämmerung“

Musikalische Leitung: Josef Krips und Rudolf Schwarz
Anfang 11 1/2, Ende geg. 12 1/2, Preise 1,50, 1,—, 0,50 RM

Abends:
* E. G. Th.-Gem. II. S.-Gr.

Lamhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg

Von Wagner
Dirigent: Krips
Regie: Pruscha

Mitwirkende:
Blatt, Franz, Fißbach, Janl, Reich-Dörich, Winter, Sigwardt, Hofbach, Rießer, Wentwig, Cerner, Schoepflin, Straß, Schuster.

Anfang 18 1/2, Ende 22 1/2, Preise D (1—8 RM)

Richard Wagner: Siegfried-Idyll. Siegfried Wagner: Vorspiel zu „Der Friedensengel“. Siegfried Wagner:

No. 3. 11. Sondermieth. „Zeittheater“ (I. Vorstellung der Abteilung II, rote Karten) u. d. f.